

**BEREIT FÜR VERANTWORTUNG – MUT ZUR VERÄNDERUNG – OFFEN FÜR DIALOG**

## **Bündnis für Trier**

**Vereinbarung zwischen**

**der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Stadtverband Trier),**

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Kreisverband Trier-Saarburg) und**

**der Freien Demokratischen Partei (Kreisverband Trier-Stadt)**

**über eine gemeinsame Politik im Rat der Stadt Trier für die Wahlperiode 2009  
bis 2014.**

**Die vertragschließenden Parteien haben – im Konsens mit ihren jeweiligen  
Ratsfraktionen - die folgende Vereinbarung geschlossen:**

**Präambel**

Das Ergebnis der Stadtratswahl vom 7. Juni 2009 ist für uns Auftrag und Verpflichtung, gemeinsam Verantwortung für die Entwicklung der Stadt Trier zu übernehmen.

Wir werden in Trier einen Politikwechsel vollziehen, der sich sowohl auf die kommunalpolitischen Inhalte und Schwerpunkte als auch auf den politischen Stil bezieht.

Wir wollen auf wichtige kommunalpolitische Fragen zeitgemäße und zukunftsfähige Antworten geben. In der Mobilitäts- und Umweltpolitik müssen die großen Chancen ebenso genutzt werden wie in der Bildungs- und Sozialpolitik. Deshalb ist die Zeit reif für einen Politikwechsel. Dieser wird sich auch in den städtischen Haushalten der kommenden Jahre abbilden. Hier werden wir die notwendigen und möglichen Akzente setzen. Wir verfolgen das Ziel, die Finanzen der Stadt zu konsolidieren. Wir stellen aber auch fest, dass dies die Stadt Trier nicht alleine leisten können wird.

Wir sind uns über die Inhalte einig, die wir in den Mittelpunkt der Politik für unsere Stadt rücken werden: für eine größere Lebens- und Aufenthaltsqualität, für mehr Vielfalt, für Offenheit und Toleranz, für ein soziales und ökologisches Trier.

Mit der Teilnahme Triers am Klimabündnis der Städte sind Verpflichtungen verbunden, die in den kommenden Jahren durch konkrete Maßnahmen zur Minderung von schädlichen Treibhausgasen umzusetzen sind.

Wir wollen die Entwicklung der Stadtteile zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort voranbringen. Aktive, lebendige Stadtteile sind für uns unverzichtbare Teile der städtischen Gemeinschaft.

Die festgefügte Verhältnisse in der Trierer Kommunalpolitik haben zu Verkrustungen geführt, die wir aufbrechen wollen. Zu oft war das Verhältnis von Rat und Verwaltung auf der einen Seite und Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite eher ein Gegeneinander als ein Miteinander.

Wir sind uns darin einig, im Umgang von Politik, Verwaltung, sowie Bürgerinnen und Bürgern einen neuen Stil zu pflegen. Wir wollen im offenen Dialog mit der Bürgerschaft den besten Weg für Trier entwickeln und fortschreiben. Mit der konsequenten Umsetzung von Gender Mainstreaming-Strategien wollen wir spürbare Beiträge zur Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Bereichen leisten.

Wir verstehen unser Bündnis ausdrücklich als Einladung an alle Menschen und Institutionen in unserer Stadt, gemeinsam mit uns an der Gestaltung der zukünftigen Stadtpolitik mitzuwirken.

## Präambel

Deshalb laden wir ein:

- ◆ Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt: Ihre Erfahrungen, Ihre Anregungen, Ihre Kritik brauchen wir, um möglichst gute und fundierte politische Entscheidungen treffen zu können.
- ◆ Die demokratischen Mitglieder des Stadtrates und der Ortsbeiräte: ständige Wettbewerb der Ideen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die besten Ideen umgesetzt werden.
- ◆ Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung: Sie sind diejenigen, die mit Engagement und Verstand das verwirklichen, was der Rat, seine Ausschüsse und die Ortsbeiräte beschlossen haben.
- ◆ Die Vereine, Verbände und Initiativen in Trier: Sie sind diejenigen, die durch Ihr oft ehrenamtliches Engagement für ein lebendiges, vielfältiges und ideenreiches Miteinander sorgen.
- ◆ Die Unternehmen unserer Stadt: Ihr Mut, Ihre Innovationskraft und Ihre Risikobereitschaft tragen dazu bei, dass Trier als Wirtschaftsstandort Arbeitsplätze anbieten kann und die Stadt mit ihren vielfältigen Angeboten attraktiv bleibt.
- ◆ Die Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen: Ihr sozialpartnerschaftliches Wirken, ihre Kompetenz und ihr Engagement sind Garant für sozial gerechte Verhältnisse und den Erfolg unserer Wirtschaft.

Wir möchten gemeinsam mit Allen arbeiten, die unsere Stadt voranbringen und dabei ihre Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit erhalten wollen. Deshalb verstehen die vertragschließenden Parteien ihr Bündnis als Keimzelle und Angebot für ein großes Bündnis für Trier.

Da wir ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten feststellen, weisen viele der Projekte, die wir anpacken wollen, über das Ende dieser Wahlperiode hinaus. Daher haben wir das Ziel, im Jahr 2014 mit einer offenen und ehrlichen Bilanz vor die Wählerinnen und Wähler treten und sie um ein Votum für die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges zu bitten.

Die Bürgerinnen und Bürger werden uns an dem messen, was wir heute vereinbaren und in den kommenden Jahren umsetzen:

## Für bessere Bildung in Trier

Wir setzen in den nächsten Jahren eine Priorität im Bildungssektor. Grundlage dieser Politik stellt der Vorrang im Haushalt für Schulen und Bildung dar. Auf einem hohen finanziellen Niveau sollen sowohl die grundständigen Bildungsvoraussetzungen erfüllt werden wie die Anpassung der Lehr- und Lernmittelsituation an den tatsächlichen Bedarf erfolgen.

Wir sind uns einig darüber, dass die Sanierung von Schulen ein hohes Gewicht besitzen muss. Eine ehrliche Bestandsaufnahme muss erfolgen, die als Grundlage für einen zu entwickelnden Fahrplan dienen soll.

Das Schulentwicklungskonzept als zentraler Schritt bei der zukünftigen Gestaltung der Trierer Schullandschaft soll vorangetrieben und umgesetzt werden. Auch setzen wir uns zum Ziel, effektive Strukturen der Schulentwicklung in der Dezernatsverwaltung aufzubauen, um die zukünftigen Planungsprozesse aus dem Dezernat heraus zu führen.

Wir sind uns einig, dass viele Fragen, die die Trierer Schulen und die Schülerbeförderung betreffen, nur in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Trier-Saarburg gelöst werden können. Daher strebt das Bündnis einen ständigen Meinungsaustausch mit den Vertreterinnen und Vertretern des Landkreises an.

Bezüglich der Weiterentwicklung der Integrierten Gesamtschule (IGS) stimmen wir überein, dass der bereits getroffene Beschluss zur Errichtung einer ersten IGS auf dem Wolfsberg als Teil des Schulentwicklungskonzeptes konsequent umzusetzen und unter dem Gesichtspunkt einer bestmöglichen Integration, insbesondere von Kindern mit und ohne Behinderung, zu verwirklichen ist. Hierzu sollen alle Möglichkeiten des Schulträgers bei der Planung und Etablierung der neuen Schule genutzt werden. Aufgrund wesentlich unterschiedlicher Positionen zur IGS von SPD und B90/Die Grünen einerseits und FDP andererseits streben wir eine Evaluierung der Schule nach zwei Jahren im laufenden Betrieb an, um die Qualität und den Bedarf der IGS – auch unter Berücksichtigung des Elternwillens - zu prüfen und die Ergebnisse in der weiteren Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen.

Wir halten sowohl kooperative als auch integrierte Angebote der Realschule plus in Trier vor, um die Wahlmöglichkeit der Eltern zu gewährleisten. Dem entsprechend sollen, nach dem Beschluss, die erste Realschule plus in der Friedrich-Wilhelm-Straße als kooperative Schule zu gestalten, die weiteren Realschulen plus in integrierter Form eingerichtet werden.

Unser grundsätzliches Ziel ist die Integration der Kinder mit Behinderungen in die Regelschule. Hierfür werden die baulichen und personellen Voraussetzungen geschaffen. Die Bereitstellung von Integrationshelferinnen und –helfern durch die Stadt soll zukünftig offensiv an den Bedarf angepasst werden. Die schulische Versorgung von beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern in Förderschulen soll wohnortnah erfolgen.

**Für bessere  
Bildung  
in Trier**

Die Bündnispartner unterstützen die Einrichtung eines förderpädagogischen Kompetenzzentrums zur Förderung der schulischen Integration.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass im vorschulischen Bereich eine verstärkte Kooperation mit den Grundschulen stattfindet. Gerade weil Grundschulen in vielen Stadtteilen auch wichtige Funktionen für das gesellschaftliche Leben über den Lehrbetrieb hinaus erfüllen, schließen wir die Schließung von Grundschulen aus rein fiskalischen Gründen aus. Außerdem streben wir eine Zusammenarbeit der Schulen mit den weiterführenden Bildungseinrichtungen an.

## Für ein familienfreundliches, soziales und junges Trier

Wir wollen in den nächsten fünf Jahren wichtige Bereiche der Sozialpolitik mit der Stadtentwicklung verzahnen und als familienfreundliche Stadt die Attraktivität Triers erhöhen.

Wir verstehen die Bereiche Sozial- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe. Eine starke Vernetzung der zuständigen Stellen innerhalb der Verwaltung und der verschiedenen freien Träger ist daher grundlegend. Ziel muss es sein, präventiv planend vorzugehen, um Lebensbedingungen für alle so zu gestalten, dass selbstverantwortliche Lebensführung und Teilhabe möglich wird. Die Entstehung sozialer Probleme soll so bereits im Vorfeld verhindert werden. Eine umfassende Sozialplanung, die die Effizienz durch Kooperation und Bündelung steigert, bietet damit auch ein Potential zur Kostenersparnis. Investitionen in kommunale Sozialpolitik werden dabei als kurz- bis langfristig rentierliche Maßnahmen gesehen, die in vielen Bereichen die Attraktivität unserer Stadt erhöhen.

### **Familien**

Die Förderung von Familien und die Verwirklichung familien- und kinderfreundlicher Lebensbedingungen werden dabei besondere Anliegen sein. Wir sind uns einig, dass der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung für alle Altersklassen eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstellt. Dabei muss ein qualitativ gutes und differenziertes Angebot gewährleistet sein.

Die Einführung und sukzessive Ausweitung eines attraktiven Familienpasses unter Einbeziehung des ÖPNV und privater Unternehmen soll zeitnah erfolgen.

Das „Bündnis für Familien“ als breite gesellschaftliche Vertretung soll mit kommunaler Unterstützung wieder belebt werden. Ziel ist es, unter anderem die verschiedenen Angebote für Familien zu bündeln und transparent zu machen und eine unabhängige Vertretung der Interessen von Familien innerhalb der Verwaltung und in der Öffentlichkeit zu gewährleisten. Dabei muss auch die vermehrte Notwendigkeit der Unterstützung pflegender Familienangehöriger gesehen werden.

Eine dezernatsübergreifende „Familienverträglichkeitsprüfung“ soll bei größeren Planungen zum verpflichtenden Standard werden.

**Für ein  
familien-  
freundliches,  
soziales und  
junges  
Trier**

**Soziales**

Durch gezielte Sozialplanung auf der Grundlage einer regelmäßigen und fortzuschreibenden kommunalen Sozialberichterstattung (u.a. unter Berücksichtigung der Themen Armut, Reichtum, Situation der Familien) sollen darüber hinaus künftig die unterschiedlichen Politikbereiche auch unter sozialen Gesichtspunkten besser verbunden werden. Hierbei kann das Programm Soziale Stadt mit seinem Leitbild einer integrierten sozialen Stadtentwicklung Vorbild sein. Die Erfahrungen aus diesem Programm können für die Stadt insgesamt nutzbar gemacht werden. Die Gestaltung des demografischen Wandels, das Miteinander der Generationen sowie die Weiterentwicklung der Integration von Menschen mit Behinderungen sollen besondere Schwerpunkte sein. Dafür werden die Einsetzung eines Behindertenbeirates und eines Behindertenbeauftragten als notwendig gesehen.

Mit der Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Wohnraumkonzepts soll guter Wohnraum auch für Einkommensschwächere, Studenten und Wohnungslose in der Stadt gesichert werden. Die Kriterien der ARGE bei der Beurteilung der Angemessenheit von Wohnkosten müssen damit im Einklang stehen. Das Wohnraumkonzept soll insbesondere Aussagen über künftige quantitative Bedarfe, qualitative Mindeststandards und Belegungsstrategien für alle städtischen Wohnungen treffen. Zudem soll geprüft werden, wie die gbt bezogen auf die von ihr verwalteten städtischen Wohnungen und ihren eigenen Wohnungsbestand in die Umsetzung der Konzeption eingebunden werden kann. Wir werden dafür Sorge tragen, dass mehr Möglichkeiten des generationenübergreifenden und gemeinschaftlichen Wohnens entstehen werden. Wir vereinbaren, im Rahmen der städtischen Möglichkeiten den Bau weiterer stationärer Altenheime zu verhindern.

Um die Kompetenzen der älteren Bürgerinnen und Bürger kommunalpolitisch noch stärker zur Geltung zu bringen, werden wir einen Seniorenbeirat nach der Gemeindeordnung einrichten.

Wir vereinbaren, uns für die Förderung kommunaler Arbeitsmarktprogramme, insbesondere für Jugendliche, Alleinerziehende und ältere Arbeitssuchende einzusetzen.

**Jugend**

Hierzu vereinbaren wir unter Beteiligung von Jugendlichen, Trägern, Verbänden, Politik und Verwaltung die Erstellung eines Konzepts „Junge Stadt 2010plus“. Dabei sollen insbesondere die Arbeit des Jugendparlaments, der Bedarf und die Realisierungsmöglichkeiten von – ggf. auch selbstverwalteten – Jugendräumen in den Stadtteilen sowie eine bessere Vernetzung und Absprache von Arbeitsschwerpunkten zwischen den einzelnen Trägern berücksichtigt werden.

**Für ein  
familien-  
freundliches,  
soziales und  
junges  
Trier**

Unser erklärtes Ziel ist es, zukünftig die Bereiche Jugend und Schule innerhalb eines Dezernates zusammen zu führen.

Zur besseren Einbeziehung der Interessen und der Kreativität junger Menschen in unserer Stadt richten wir ein Jugendparlament ein. Mit dem Jugendparlament sollen auch die Möglichkeiten konkreter politischer Mitbestimmung und das Demokratieverständnis gestärkt werden. Aus dem Jugendparlament heraus können Initiativen erwachsen, die von den Jugendlichen selbst gewählt, entschieden und auch selbst organisiert werden. Das Jugendparlament soll mit einem Budget ausgestattet werden. Bei der Einführung des Parlaments soll vorab geprüft werden, inwieweit Doppelungen bei Bestellung und Kompetenzen mit der StadtschülerInnenvertretung wünschenswert wären oder ggf. eine Zusammenführung sinnvoll erscheint.

Um Jugendliche zu unterstützen und um lösungsorientiert sowie deeskalierend auf Interessensgegensätze zwischen den Generationen in den Stadtteilen zu wirken, will das Bündnis verstärkt aufsuchende Angebote für Jugendliche etablieren. In einem ersten Schritt soll eine weitere Streetworkerin bzw. ein Streetworker eingestellt werden, wobei die Stellung der ehrenamtlichen Stadtjugendpflegerinnen und Stadtjugendpfleger in den Ortsteilen gestärkt werden soll.

Ein wichtiges Anliegen für uns ist es, verstärkt auf Gewalt-, Homophobie-, Alkohol-, Drogen- und Extremismusprävention zu setzen und dabei die bestehenden Initiativen zu unterstützen.

Der bedarfsgerechte Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern an allen Schultypen soll vorangetrieben und mit einer weiteren Öffnung der Schulen für bestehende Angebote der Jugendhilfe verzahnt werden.

Notwendige Voraussetzung wie auch gesetzliche Verpflichtung ist eine grundlegende Jugendhilfeplanung, die u.a. die vorhandenen Ressourcen in diesem Bereich bündelt und eine Kooperationsplattform aller beteiligten Träger, Einrichtungen und der Verwaltung zur besseren und im Interesse der Jugendlichen noch effizienteren Zusammenarbeit schafft.

Der offene Zugang zu kommunalen Sportstätten und deren befriedigende attraktive Ausstattung ist insbesondere in Hinblick auf die Nutzung durch Freizeitsportler, Kinder und Jugendliche zu gewährleisten.

Hierzu gehört auch ein ausreichendes Angebot an Spiel- und Kommunikationsräumen für die verschiedenen Altersklassen. Bei dessen Planung und Umsetzung ist auf eine Mitbeteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern, des Jugendparlamentes und der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Ortsteil zu achten.

## Für ein mobileres Trier

Mobilität ist ein entscheidender Faktor für die Teilhabe am täglichen Leben. In unserer heutigen Gesellschaft wird Allen ein hoher Grad an Mobilität und Flexibilität abverlangt. Daher streben wir in den nächsten fünf Jahren eine Verbesserung dieser Rahmenbedingungen an. Diese soll sich an dem Ziel orientieren, dass wir den für Jede und Jeden zugänglichen Verkehr im Umweltverbund ausweiten und den - ökologisch und ökonomisch bedenklicheren - motorisierten Individualverkehr (MIV) auf ein geringeres Maß zurückfahren wollen.

Durch die deutliche Stärkung des Umweltverbundes - beschleunigte Verkehrswege, höhere Taktzahlen, attraktivere Fahrpreise, ein sicheres und bequemes Radwegenetz und bessere Bedingungen für den Fußverkehr u.v.m. - können die stark belasteten Straßen in unserer Stadt entlastet werden. Dies führt zu einer effizienteren und umweltverträglicheren Fortbewegung aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer von A nach B. Darüber hinaus wird mehr Menschen ein leichter Zugang zu Mobilität ermöglicht und unabhängiger vom Einkommen eines bzw. einer Jeden gemacht. Wahlfreiheit und damit auch die Flexibilität jeder Bürgerin und jedes Bürgers werden deutlich erhöht.

Die Bündnispartner sprechen sich für diese klare Festlegung eines Modal Split (Aufteilung der Mobilitätsvorgänge auf Mobilitätsarten) aus. Dazu wird an einen bisher nicht vom Stadtrat beschlossenen Entwurf des Mobilitätskonzeptes 2020 angeknüpft. Die Fertigstellung des Mobilitätskonzeptes 2020 in 2010 ist zwingende Voraussetzung für weitere Umsetzungsbausteine.

Als Zielvorgabe für die Legislaturperiode werden >20% Fuß, >15% Rad, >20% ÖPNV und <45% motorisierter Individualverkehr (MIV) definiert. Dieser Modal Split soll sich auch in den Ausgaben der Stadt Trier im Verkehrsbereich widerspiegeln, d.h. die Haushaltsmittel im Bereich Mobilität sind entsprechend des Modal Splits zu verausgaben. Dabei kann die Mittelverteilung innerhalb des Umweltverbunds flexibel erfolgen, da die einzelnen Maßnahmen verschiedene Kosten bei gleicher Wirksamkeit auf den Modal Split erzeugen.

Die im Modal Split festgehaltene Stärkung des ÖPNV muss einhergehen mit Attraktivitätssteigerungen bei Bus und Bahn. Dies betrifft insbesondere die Regionalbahn, die Anbindung neuer Baugebiete, die Taktdichte auf Strecken mit hohem Nachfragepotential (aber bisher geringer Nutzung) sowie die Preisgestaltung.

Analog zum Autoverkehr müssen auch Fuß- und Radverkehr komfortabel und zügig geführt und zudem sicherer werden. Trassen müssen durchgängig und Umwege vermeidend gestaltet sein.

## Für ein mobileres Trier

Für den Radverkehr ist das Routennetz auszubauen und Netzlückenschlüsse vorzunehmen. Neben dem Netz ist auch die begleitende Infrastruktur zu erweitern. Als Handlungsgrundlage ist der Teilbaustein Radverkehrskonzept des Mobilitätskonzeptes 2020 in 2009 fertig zu stellen.

Der Fußverkehr ist die umweltfreundlichste, günstigste und somit sozialverträglichste Art der Fortbewegung in der Stadt. Besonders für ältere Menschen ist dies ein wichtiger Aspekt für ihre Mobilität. An etlichen Stellen besteht Handlungsbedarf im Sinne einer Aufwertung und Verbesserung.

Die Parkplatzsituation trägt auch durch den anhaltenden Parksuchverkehr und die unterschiedlichen Gebührenansätze gerade im Vergleich zu den Trierer Parkhäusern, zur Verkehrsbelastung in der Stadt bei. An erster Stelle für das Bündnis steht die zügige Entwicklung und konsequente Umsetzung eines umfassenden Parkraumkonzeptes, das in Ansätzen bereits vom Arbeitskreis Parkraumbewirtschaftung der Stadt diskutiert wurde.

Aus Rücksicht auf Umwelt, Gesundheit und Flächenverbrauch muss es vordringliches Anliegen zukunftsgerichteter Mobilitätspolitik sein, die wegen ihrer Tallage extremen Belastungen der Stadt Trier durch den MIV zu reduzieren.

Unsere Leitlinie heißt: „Sanierung geht vor Neubau“, da aufgrund der knappen Mittel auch die bestehenden Straßen einen immer größeren Sanierungsstau aufweisen. Neubau bedeutet Straßenbau an Stellen, an denen es bisher keine Straßen gab.

Zur Erreichung des Modal Split sind neben Maßnahmen in den Bereichen Fuß/Rad, ÖPNV, MIV und Parken übergeordnete Maßnahmen zu ergreifen, die in Form eines Mobilitätsmanagement für Verknüpfung, Öffentlichkeitsarbeit und Image-Aufwertung sorgen.

Keine gemeinsame Haltung des Bündnisses gibt es bei den Themen Moselaufstieg und Nordbrücke.

## Für ein wirtschaftlich starkes Trier

Trier braucht eine starke Wirtschaft, um auch in der Zukunft den Anforderungen an eine Großstadt gewachsen zu sein und einen lebenswerten Rahmen für seine Bürgerinnen und Bürger vorhalten zu können. Dies kann nur durch die Fortführung einer konsequenten Politik der Förderung von Wirtschaft und Tourismus sichergestellt werden. Denn Arbeitsplätze und finanzielle Wertschöpfung sind notwendig, um Weiterentwicklungen zu ermöglichen. Unsere Stadt bietet dabei, u.a. mit den beiden Hochschulen, dem Markenzeichen als Gesundheits- und Tourismusstandort oder durch einen starken Mittelstand im Handwerk, viele Entwicklungschancen, die genutzt werden wollen.

Daher werden wir die Gründung einer regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Kooperation mit dem Landkreis Trier-Saarburg anstreben. Denn durch die Verknüpfung des Oberzentrums mit dem angrenzenden Landkreis wird eine starke Region verkörpert, die ihre Stärken gemeinsam präsentieren und nutzen kann, um attraktiv für Neuansiedlungen bzw. Neugründungen (Bsp. Wissenschaftspark) zu werden oder bereits bestehende Unternehmen in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen. Ein stärkeres Miteinander führt hier zu einer klaren Stärkung aller Beteiligten. Eine Bündelung der vorhandenen Strukturen und Kräfte in diese neue Gesellschaft kann dabei zu schlankeren und flexibleren Entscheidungsmechanismen führen, die sich den wirtschaftlichen Entwicklungen damit besser anpassen können.

Bei der wirtschaftlichen Weiterentwicklung sind wir uns einig, dass zunächst die bereits vorhandenen Flächen in der Stadt nutzbar gemacht werden sollen und dies vor Neuausweisungen weiterer benötigter Flächen steht. Neuausweisungen sollen nach dem Grundsatz des Ressourcen, Natur und Umwelt schonenden Handelns erfolgen. Dabei wollen wir die Ergebnisse der Wirtschaftspotentialanalyse berücksichtigen.

Neben einem starken Mittelstand im Handwerk und Dienstleistungsgewerbe ist in Trier auch eine Verbesserung der 1B-Lagen für den inhabergeführten Einzelhandel sowie eine Stärkung des Tourismus zwingend erforderlich. Wir wollen mit der Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts für die Entwicklung weiterer attraktiver Lagen mit vertretbaren Mietpreisen sorgen. Einigkeit besteht weiterhin, dass einer Ausweisung großflächigen Einzelhandels, der auf Verdrängung angelegt ist, rings um die Innenstadt entgegen getreten wird. In der Regel sind hiermit Einzelhandelsgeschäfte mit einer Fläche ab 800 qm gemeint, die nicht der Gewährleistung von Nahversorgung in den Stadtteilen dienen oder aus anderen wichtigen Gründen (z.B. Branchenbesonderheiten) als Ausnahme zugelassen werden können.

Trier hat im wirtschaftlichen Bereich enormes Potential. Wir wollen dies durch stärkere Vernetzung der einzelnen Unternehmen und Institutionen, durch gute Rahmenbedingungen für Neugründungen, z.B. in der Kreativwirtschaft, oder auch durch am Bedürfnis orientierte Wirtschaftsförderung nutzen. Der Weg des Oberbürgermeisters Jensen ist hier fortzuführen und konsequent weiter umzusetzen.

## Für eine transparente Kultur-entwicklung

Kultur gehört für uns zur Daseinsvorsorge für die in unserer Stadt lebenden Menschen. Wir respektieren und unterstützen Kultur in ihren vielfältigen Erscheinungsformen. Kultur ist für uns primär eine Plattform für künstlerische Kommunikation; sie ist Austausch und Ort auch experimenteller und kritischer Reflexion. Sekundär ist Kultur ein Wirtschafts- und Tourismusfaktor für Trier.

Die Teilhabe an Kultur ist jeder Mitbürgerin bzw. jedem Mitbürger zu ermöglichen; Zugangsbarrieren sind abzubauen.

Wir wollen, dass Zuschusskriterien und -vergaben für Antragsstellende und politische Entscheidungsgremien transparent und nachvollziehbar sind. Dies beinhaltet auch eine dauerhafte und kritische Evaluierung.

Das Engagement des Theaters, verstärkt theaterpädagogische Angebote anzubieten, wird ausdrücklich begrüßt. Hierbei sollte die Verbindung mit den Schulen, Angebote auch für erwachsene Bürgerinnen und Bürger sowie die aufsuchende Kulturarbeit weiterhin umgesetzt werden. Eine sozial angepasste Preispolitik des Theaters ist zu schaffen.

Die Neukonzeption der Antikenfestspiele muss transparent sein und einer fortschreitenden Evaluierung unterzogen werden. Professionelles Marketing, stärkere Konzentration in Programm und Organisationsstruktur und ein stetiger Spielstättenausbau müssen unter Beachtung der finanziellen Möglichkeiten künftig zur Grundlage einer erfolgreichen Fortführung der Antikenfestspiele werden.

Die Stadt Trier soll sich als Ausstellungsstadt weiterhin profilieren und an die Erfolge des Konstantinjahres anknüpfen. Hierbei unterstützen wir ausdrücklich die Vorbereitungen der gemeinsamen Großausstellung zum Trierer Reichstag. Diese sollte als partnerschaftliche Zusammenarbeit der Trierer Museen und in Kooperation mit dem Land Rheinland-Pfalz konzipiert werden.

Wir wollen Museen, Bibliotheken und Kultureinrichtungen bedarfsorientiert öffnen. Dies gilt insbesondere für die Öffnungszeiten an Samstagen.

Das Kulturbüro sollte für uns Koordinations-, Anlaufstelle und offener Treffpunkt für Kulturinteressierte sein. Deshalb ist der jetzige Standort zu überdenken; strukturell für den Bereich Tourismus sind Synergieeffekte zu nutzen.

Wir sehen die Aufgaben einer Stabsstelle Kultur („Kulturmanagerin oder Kulturmanager“) in folgenden Bereichen: Koordination und Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner für kulturelle Angelegenheiten, Vernetzung, Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes sowie Impulsgeberin bzw. Impulsgeber für die Kulturszene und kreative Weiterentwicklung des Kulturangebotes.

## Für eine lebenswertere Stadt - Trier 2030

Trier hat durch seine Lage im Moseltal und sein gewachsenes Stadtbild – mit Bauten aus der Römerzeit bis in die Gegenwart - einen unverwechselbaren Charakter. Es sind nicht nur die Einzeldenkmäler, die unsere Stadt prägen, sondern auch die Straßenzüge, Gebäudeensembles, Plätze und Grünflächen. Wir wollen bei der zukünftigen Stadtplanung und Stadtentwicklung diesen identitätsstiftenden Charakter erhalten und behutsam weiterentwickeln. Zugleich sind die Bedingungen für die Herausforderungen an das Leben in einer modernen Stadt zu schaffen.

Im Mittelpunkt aller Planungsüberlegungen steht die nachhaltige Stadtentwicklung, die gleichzeitig bewahrend und innovativ sein muss. Deshalb werden wir wirtschaftliche, soziale und ökologische Erfordernisse gleichermaßen berücksichtigen. Ziel dabei ist, dass die Bürgerinnen und Bürger sich mit ihrer Stadt identifizieren können. Wir sprechen uns für die Entwicklung eines stadtplanerischen und städtebaulichen Gesamtkonzeptes „Trier 2030“ aus. Diesem sollen u.a. folgende Zielsetzungen zu Grunde gelegt werden:

- ◆ Schaffung von Planungssicherheit
- ◆ Hohe Qualität bei stadtplanerischen und baulichen Maßnahmen,
- ◆ Steigerung der Wohn- und Lebensqualität mit städtebaulichen Instrumenten,
- ◆ Bewahren des kunsthistorischen Erbes Nutzung in Übereinstimmung mit seiner geschichtlichen Bedeutung,
- ◆ Vermeidung von Landschaftszersiedelung,
- ◆ Einbindung des Mobilitätskonzeptes 2020.

Wir wollen die Innenstadt als Lebensmittelpunkt erhalten und weiterentwickeln. Gerade in einer alternden Gesellschaft, in der Nahversorgung und kurze Wege eine immer größere Rolle spielen, muss die Entwicklung von preiswertem innerstädtischem Wohnraum vorangetrieben werden. Private Investorinnen und Investoren, die sich dieser Leitidee verpflichtet fühlen, sollen städtische Unterstützung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen erfahren.

Eine für die Bündnispartner wichtige städtebauliche Aufgabe ist das Thema „Stadt am Fluss“. Für die Vision einer Stadt am Fluss müssen die Stadtteile links und rechts der Mosel inhaltlich verwoben und die Uferpromenaden attraktiver werden. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der weiteren Entwicklung der westlichen Stadtteile.

Um den zusätzlichen Bedarf an Wohngebieten bewerten zu können, ist eine Ermittlung sämtlicher Brachflächen im Stadtgebiet unabdingbar.

**Für eine  
lebens-  
wertere  
Stadt  
- Trier 2030**

Städtisches Wohneigentum muss künftig besonders unter der Berücksichtigung des kommunalen Wohnraumkonzepts betrachtet werden. Das Wohnraumkonzept soll insbesondere Aussagen über künftige quantitative Bedarfe, qualitative Mindeststandards und Belegungsstrategien für alle städtischen Wohnungen treffen.

Bürgerbeteiligung muss ein zentrales Element in der Bauplanung werden, welches als Chance und nicht als notwendiges Übel betrachtet wird. Bürgerbeteiligung sollte daher mehr sein als die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Informationsveranstaltungen. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger frühzeitiger über städtische Planungen informiert und ihre Bedenken und Anregungen ernst genommen werden. Die Ergebnisse der Bürgergutachten müssen bei der Erstellung von Bauleitplänen und städtischen Planungen berücksichtigt werden. Bürgerinnen und Bürger, die bei Bebauungsplänen ihre Bedenken und Anregungen mitgeteilt haben, sind schriftlich über die Position der Verwaltung zu informieren.

Wir fördern umfassende Barrierefreiheit und sorgen in diesem Bereich für bessere Information (BauBürgerbüro).

## Für ein nachhaltiges Trier

Wir müssen in Trier in den nächsten Jahren sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen weiter umdenken. Dies erfordert eine zentrale Koordination aller umweltrelevanten Politikfelder in dem neu einzurichtenden Umweltausschuss. Wir erarbeiten hierzu zeitnah einen umweltpolitischen Grundsatzbeschluss.

Wir setzen in Trier auf eine nachhaltige Entwicklung im Energie- und Versorgungssektor.

Die SWT sollen als regionaler Energieversorger gefestigt werden. Insbesondere soll ihre Rolle bei Energieeffizienzfortschritten und dem Ersatz fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien gestärkt und ausgebaut werden. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen der SWT mit dem Ziel, einen wesentlichen Beitrag zu leisten, die energetische Wertschöpfung in der Region durch erneuerbare Energien nachhaltig zu ermöglichen, sind konsequent weiterzuverfolgen und unter Berücksichtigung der vom Stadtrat bereits gefassten Beschlüsse auszubauen. Die SWT sollen sich in den nächsten fünf Jahren vom Energieverkäufer zum Energiedienstleister entwickeln. Wir sind uns einig, dass sie für die wirtschaftliche und haushalterische Entwicklung der Stadt von zentraler Bedeutung sind. Deshalb ist die Eigentümerstellung der Stadt Trier zu erhalten und, soweit möglich, auszubauen, um den maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen zu garantieren und so die beschriebene Entwicklung zu gewährleisten.

Der erhebliche Sanierungsstau in öffentlichen Gebäuden, insbesondere den Schulen, führt auch zu hohen Energieverbräuchen und –ausgaben, die vermeidbar sind. In den kommenden Jahren sind alle Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzierungsprogramme auszuschöpfen, die dem Ziel „Verringerung der Energieverbräuche/Verringerung der Energieausgaben“ dienen. Insgesamt ist eine Energiebuchhaltung einzuführen, die überhaupt erst eine gezielte Steuerung der Energieeffizienz möglich macht. Die Verwaltung soll hierzu einen konkreten Plan ausarbeiten, der den Sanierungsbedarf der Trierer Schulen und der Verwaltungsgebäude im Einzelnen feststellt und die Schulen drei bis vier Dringlichkeitsstufen zuordnet, damit eine sinnvolle und nicht zufällige Abarbeitung sichergestellt wird.

Die Aktivitäten Dritter bei der Ausweitung von Bürgerkraftwerken in Trier sollen unterstützt werden. Die Stadtverwaltung und der Stadtrat sollen sich insgesamt stark machen für das Einwerben von Dachflächen. Dabei soll die Stadt mit ihren eigenen Gebäuden als Vorbild wirken. Hierzu bedarf es eines Dachflächenkatasters mit den Eignungsmerkmalen für Solarflächen.

Die enormen Energieeffizienzverbesserungsmöglichkeiten sind im Bereich der öffentlichen Dienste gezielt auszuschöpfen, um langfristig dem öffentlichen Haushalt wieder mehr Gestaltungsspielraum zu geben.

## Für ein nachhaltiges Trier

Eine regionale – nicht nur städtische – Energieagentur (EA) ist umgehend in einen geordneten und leistungsfähigen Betrieb zu bringen. Dabei ist es äußerst wichtig, schon jetzt Wege zu suchen, die Finanzierung der EA auch nach der Phase der EU-Finanzierung zu sichern. Hierzu sind die regionalen Wirtschaftsförderungsinstitute zur Beteiligung anzuwerben. Bei der Leitung der Energieagentur ist darauf zu achten, dass vor allem die kommunikative Kompetenz gesichert ist, das Thema zu vermitteln. Sie muss strategisch in der Lage sein, die Aktivitäten in diesem Bereich zu koordinieren. Das wird ihre Hauptaufgabe. Hierbei ist auch Fundraising als Promotion-Instrument von der EA zu besetzen. Die EA muss mittelfristig in die Lage versetzt werden, marktgerecht Energieprodukte und -dienstleistungen zu entwickeln. Die Kammern sowie die bereits am Markt agierenden Akteure sind dazu so schnell wie möglich einzubinden.

Die Beratungen und Beschlüsse der Gremien der SWT GmbH werden zukünftig soweit wie möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dabei wird der Spielraum, den die jüngere Rechtssprechung bietet, konsequent ausgeschöpft. Beschlüsse, die von weitreichender Bedeutung für die Unternehmen oder die Kundinnen und Kunden sind, werden, soweit dies rechtlich möglich ist, in den parlamentarischen Gremien der Stadt Trier in öffentlichen Sitzungen vorbereitet.

Ziel der Stadt Trier bei allen zukünftigen Neubaugebieten soll die weitere Reduzierung des Energieverbrauchs (d.h. über den gesetzlichen Standard hinausgehend) bei Neubauten sein. Den Bauherren sind hierzu entsprechende Anreize zu setzen. Es sollen (im Rahmen eines oder mehrerer beispielhafter Pilotprojekte) geeignete Instrumente entwickelt werden, um hohe technische Standards bei Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien in zukünftigen Neubaugebieten zu gewährleisten. Ein solches Instrument kann beispielsweise darin bestehen, dass der Grundstückspreis sich am geplanten Energieverbrauchswert orientiert. Grundstückserwerber, die dabei deutlich über den gesetzlich geforderten Standard hinausgehen, sollen günstigere m<sup>2</sup>-Preise erhalten als solche, die lediglich den Normalstandard erfüllen wollen. Dies soll Anreize setzen, damit insgesamt ein möglichst fortschrittlicher diesbezüglicher Standard erreicht wird. Es muss allerdings gleichzeitig sichergestellt sein, dass selbst im Fall, dass alle Erwerber hohe Standards realisieren, die geplante städtische Einnahme aus der Neubaugebietsentwicklung erhalten bleibt.

Niedrigverdienerinnen und Niedrigverdiener sind bei der gezielten Beratung und Unterstützung bei der Einsparung von Energieverbrauch und damit Energiekosten besonders zu berücksichtigen, damit die Energiekosten für sie erträglicher werden und gleichzeitig Verbesserungen hinsichtlich der Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen erzielt werden.

## Für eine offensive Gestaltung der Integration in Trier

Wir begrüßen sehr, dass Trier sich auf den Weg zu einem kommunalen Integrationskonzept gemacht hat und werden den Prozess mit aller Kraft vorantreiben. Wir werden das Konzept verabschieden und konsequent umsetzen. Die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes erachten wir als einen ersten zentralen Baustein für die Realisierung des Anspruchs, Migrantinnen und Migranten eine gleichberechtigte Teilhabe in unserer Stadt zu ermöglichen. In den kommenden fünf Jahren werden wir den Beteiligungsprozess fortsetzen und das Konzept weiterentwickeln. Dazu bedarf es zunächst zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen. Wir sind uns einig darüber, dass eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen des Konzeptes darin besteht, auf das in der Stadt vorhandene ehrenamtliche Engagement zurückzugreifen, dieses einzubinden und durch eine ausreichende finanzielle Förderung zu stärken. Aus der Verwaltung heraus muss dieser Prozess hauptamtlich begleitet werden.

Für alle Zugewanderten ist das Amt für Ausländerangelegenheiten die erste Anlaufstelle in ihrer neuen Heimat. Deshalb werden wir es nach dem Vorbild des Bürgeramtes zu einer Dienstleistungsbehörde weiterentwickeln, welche über alle Rechte und Möglichkeiten umfassend berät und Kontakte zu allen anderen relevanten Stellen herstellt. Flüchtlinge müssen mit dem Tag ihrer Einreise ein Recht auf Integration und einen Zugang zu allen dazu gehörenden Angeboten bekommen. Die Ausschöpfung aller gesetzlichen Spielräume spielt für uns eine zentrale Rolle, um den Interessen und Belangen der betroffenen Menschen gerecht zu werden. Das gilt auch und gerade für den Zugang zu Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt. Durch frühzeitige Beratung und intensive Unterstützung wirkt das nun so genannte Integrationsamt darauf hin, dass sich die Zahl der Einbürgerungen in den kommenden Jahren erhöht.

Eine besonders wichtige Zielgruppe der Integrationsarbeit sind Kinder und Jugendliche. Deren Potenziale zu verwirklichen ist unsere politische Leitlinie. Dies gilt unabhängig davon, ob sie in der ersten, zweiten oder dritten Generation hier leben, aber insbesondere auch für solche Minderjährigen, die nicht auf die Unterstützung ihrer Familien zurückgreifen können. In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass ausreichende Projektmittel für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden, um deren Interessen zu wahren.

**Für die  
dauerhafte  
Sicherung  
kommunaler  
Handlungs-  
spielräume**

Rat und Verwaltung tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass die finanziellen Handlungsspielräume unserer Stadt für die politische Gestaltung erhalten und ausgeweitet werden. Dies ist eine wichtige Grundlage der kommunalen Demokratie. Unsere Verantwortung erstreckt sich nicht nur auf die Gegenwart: Auch zukünftige Generationen müssen in der Lage sein, Politik in Trier zu gestalten und nicht nur zu verwalten. Neben der Forderung nach einem besseren Finanzausgleich durch das Land müssen Einnahmen und Ausgaben des Haushaltes kritisch überprüft und optimiert werden und eine Prioritätensetzung im Sinne eines nachhaltigen Politikverständnisses erfolgen. Die Implementierung eines "Gender-Checks" im Sinne des Gender-Budgeting wird von uns angestrebt.

Wir werden eine seriöse und transparente Finanz- und Haushaltspolitik betreiben und den der Stadt möglichen Beitrag zur Sanierung der städtischen Finanzen leisten. Auf der Grundlage des Bürgerhaushalts erarbeiten wir Ideen zur Haushaltskonsolidierung.

**Formalia**

**Bündnisausschuss**

Die Vertragspartner vereinbaren die Einrichtung eines gemeinsamen Gremiums (Bündnisausschuss). Dessen Aufgaben sind:

- ◆ gegenseitige Information und Kommunikation der Bündnispartner im laufenden Geschäft
- ◆ Kommunikation und Abstimmung von Fragen, die nicht in dieser Vereinbarung geregelt sind
- ◆ Erarbeitung von gemeinsamen Lösungsvorschlägen im Fall von Konflikten zwischen den Bündnispartnern.

In den Bündnisausschuss entsenden die vertragschließenden Parteien/Fraktionen jeweils zwei Vertreterinnen oder Vertreter.

Der Ausschuss ist sofort einzuberufen, wenn ein Vertragspartner dies verlangt.

**Gültigkeit**

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die Partei- und Fraktionsvorsitzenden aller drei Bündnispartner mit ihren Unterschriften bestätigen, dass die jeweils dazu legitimierten Gremien der Parteien und Fraktionen ihre Zustimmung gegeben haben. Sie gilt bis Ende der Legislaturperiode.

Die im Anhang dieser Vereinbarung dokumentierten Maßnahmen sind verbindlicher Bestandteil der Bündnisvereinbarung.

Trier,

---

Malu Dreyer, SPD

---

Heide v. Schütz  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

---

Thomas Egger, FDP

---

Sven Teuber SPD-Fraktion

---

Gerd Dahm,  
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

---

Thomas Egger, FDP-Fraktion

## Anhang

Die Bündnispartner sind bestrebt, den angestrebten Politikwechsel für Trier - gemäß den im Bündnisvertrag vereinbarten Zielen – umgehend mit konkreten Einzelmaßnahmen einzuleiten.

Darüber hinaus haben wir weitere Maßnahmen und Projekte vereinbart, für die jedoch in der Kürze der bislang zur Verfügung stehenden Zeit weder die notwendige konzeptionelle noch die finanzielle Einbettung möglich war.

Daher ist dieser Anhang in zwei Teile untergliedert:

A) Maßnahmen, für deren Beschluss bzw. Umsetzung wir schon jetzt den Zeitraum bis Ende 2010 verbindlich festlegen können, differenziert in haushaltsrelevante und haushaltsneutrale Maßnahmen.

B) Maßnahmen, die wir umsetzen werden, die jedoch hinsichtlich des möglichen Realisierungszeitpunktes überprüft werden müssen.

Auch auf diese Weise dokumentiert das Bündnis seinen Anspruch, den notwendigen Politikwechsel für Trier konsequent anzugehen, aber alle Vorhaben so seriös zu planen, dass ihre Umsetzung auch sicher gewährleistet werden kann.

**A) Maßnahmen, für deren Beschluss bzw. Umsetzung wir schon jetzt den Zeitraum bis Ende 2010 verbindlich festlegen können**

## Anträge für den Haushalt 2010

### Bildung

- ◆ Bei der Prüfung der Fahrtkostenübernahme durch die Stadt wird eine kindorientierte Bewertung der Zumutbarkeit von Schulwegen vorgenommen. Dies gilt insbesondere für Grundschulkinder.
- ◆ Beim Schulesen setzt das Bündnis sich für die Einführung einer funktionierenden Qualitätssicherung ein. Es sollen verbindliche Standards für die Herstellung, die Zusammensetzung und den Transport eingehalten. Die Preise werden sozialverträglich gestaltet.
- ◆ Wir fühlen uns auch in der Bildungspolitik der Beteiligung verpflichtet. So werden wir uns für die Einführung eines Schulelternbeirats als beratendes Gremium stark machen. Sowohl der Schulelternbeirat als auch die neu gegründete StadtschülerInnenvertretung sollen mit einem Sitz im Schulträgerausschuss und am Runden Tisch Schulentwicklung teilhaben.

### Familie/ Soziales/ Jugend

- ◆ Wir sichern den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung aller Altersgruppen im Haushalt.
- ◆ Das zukünftige Jugendparlament soll ein Budget erhalten.
- ◆ Wir fordern ein sach- und satzungsgerechtes Budget für den Behindertenbeirat.
- ◆ Personalkosten für die Einrichtung einer weiteren Streetworkerin bzw. eines Streetworkers (ganze Stelle) sind vorzusehen.
- ◆ Ein städtisches Wohnraumkonzept soll erstellt werden. Hierzu stellen wir Mittel für eine Studie, mit der die Grundlagen für eine aktive soziale Wohnungspolitik erarbeitet werden sollen, zur Verfügung (externe Vergabe).

### Mobilität

- ◆ Es soll ein Gutachten erstellt werden, um die Daten bis zur Haushaltsaufstellung 2011 entsprechend der Vorgabe des Modal Split vorzubereiten.
- ◆ Wir stellen einen Pauschalansatz „Radverkehrsförderung“ als ersten Umsetzungsschritt des Mobilitätskonzepts 2020 in den Haushalt ein (Verausgabung der Mittel entsprechend des in 2009 fertig zu stellenden Teilkonzepts Radverkehr).
- ◆ Wir beantragen Planungsmittel für die Aulbrücke (Fortführung der Planung im bisherigen Sinne inkl. Regionalbahnhaltepunkt und Radwegeführung).

Kultur

- ◆ Wir beantragen Planungsmittel für Regionalbahnhaltepunkt(e).  
Wir wollen die Planung für innerstädtische Plätze fortentwickeln: die Zugänge zu Kornmarkt, Stockplatz und Domfreihof sind technisch zu begrenzen.

- ◆ Erste Umsetzungsschritte des Parkraumkonzepts sind im Haushalt zu berücksichtigen (Mehreinnahmen).

- ◆ Die städtischen Ausgaben für das Kulturevent „Brot und Spiele“ sind zu deckeln; eine transparente Kostenaufstellung für die politisch Verantwortlichen ist zu erbringen.

Stadtentwicklung

- ◆ Wir wollen Mittel für identitätsfördernde Maßnahmen bei denkmalgeschützten und besonderen Gebäuden bereit stellen.

- ◆ Wir wollen - in Zusammenarbeit mit der Universität - die Erstellung von „Themenpfaden“ initiieren (z.B. „Auf den Spuren von Karl Marx“, „...des Barock“, „...des Mittelalters“, „...der Juden in Trier“).

## Weitere Initiativen bis Ende 2010

### Familie / Soziales/ Jugend

- ◆ Wir schaffen die Voraussetzungen zur Schaffung eines Jugendparlamentes.
- ◆ Wir wollen mit der neuen Dezernatsspitze und dem Oberbürgermeister Strukturen zur besseren Verzahnung wichtiger Bereiche der Sozialpolitik mit der Stadtentwicklung schaffen.
- ◆ Der Familienpass soll für 2011 weiterentwickelt werden.
- ◆ Wir möchten Möglichkeiten für gemeinschaftliches Wohnen ausweisen.
- ◆ Wir schaffen die Grundlagen für die Einrichtung eines Seniorenbeirates nach GemO
- ◆ Wir initiieren eine umfassende Jugendhilfe- und Sozialplanung, auch um mit den vorhandenen Ressourcen zielgenauer umgehen zu können.

### Mobilität

- ◆ Als zentrale Forderung wird die endgültige Fertigstellung des Mobilitätskonzepts 2020 bis Ende 2010 festgehalten. Das Thema Mobilität ist in enger Abstimmung mit anderen Bereichen, wie Stadtentwicklung und Stadtplanung, zu behandeln.
- ◆ Regionalbahn / Westtrasse: Bis zum Ende des Jahres 2009 reichen die Bündnispartner eine abgestimmte Prioritätenliste der Haltepunkte ein.
- ◆ Wir fordern deutliche Änderungen der Fahrpreise im ÖPNV; wir wollen die städtischen Interessen frühzeitig im Ausschuss thematisieren. Im ersten Jahr der Legislaturperiode soll das Thema Fahrpreise und VRT-Mitgliedschaft ausführlich, unter Einbeziehung von Experten, diskutiert werden. Solange die städtischen Interessen bei den VRT-Fahrpreiserhöhungen keinen Niederschlag finden, stimmen wir Fahrpreiserhöhungen nicht zu.
- ◆ Umweltspur Alleenring: Die Realisierung leitet sich aus dem Modal Split ab. Sobald erste Erfolge durch die übergeordneten Maßnahmen sowie die anderen, im Bereich ÖPNV / Fuß / Rad genannten Maßnahmen erzielt werden, soll schrittweise mit einer umweltverbundsfreundlichen Umgestaltung der Verkehrssituation am Alleenring begonnen werden. Zur Vorbereitung einer dann zügigen Umsetzung soll die Verwaltung zu Beginn der Legislaturperiode beauftragt werden, die Machbarkeit einer Umweltspur am Alleenring zu prüfen. Hierzu soll eine Expertenkommission eingerichtet werden. Erste Überlegungen zur Radfahrfreundlichkeit des Alleenrings werden fortgeführt.

## Mobilität

- ◆ ÖPNV-Trasse Petrisberg: bis Ende 2011 muss eine Entscheidung für ein konkretes Verkehrsmittel vorliegen, inklusive eines konkreten zeitnahen Finanzierungsmodells.
- ◆ In Wohngebieten soll flächendeckend die Ausweisung von Tempo30-Zonen erfolgen.
- ◆ Einrichtung einer längeren Fußgänger-Grünphase an zentralen Ampeln zur Fußgängerzone wie z.B. die Ampel Stresemannstraße oder die Ampel Zuckerbergstraße.
- ◆ Die Funktion des Mobilitätsmanagements soll durch Aufgabenumverteilung in der Verwaltung ausgefüllt werden.
- ◆ Wir fordern die rechtliche Prüfung der Voraussetzungen für die Markierung von Radfahrstreifen.
- ◆ Das Parkraumkonzept soll im Rahmen des Mobilitätskonzeptes 2020 beschlossen werden.
- ◆ Wir bereiten einen Grundsatzbeschluss des Stadtrates vor, in dem insbesondere nicht haushaltsrelevante Maßnahmen und Zielsetzungen formuliert werden.

## Kultur

- ◆ Die Ausdehnung von Öffnungszeiten an Samstagen für die Bibliotheken Palais Walderdorff und Weberbach sind zu prüfen.
- ◆ Die Initiative „Kulturtafel“ ist zu unterstützen und positiv zu begleiten.
- ◆ Kulturangebote sollten vermehrt auch in „Öffentlichen Stadträumen“ stattfinden (z.B. Lesenacht, Kunstmarkt etc.).
- ◆ Das Theater sollte ein Bündel von Maßnahmen anbieten, wie zum Beispiel „last-minute-Angebote“, Benefizvorstellungen, öffentliche Generalproben und eine sehr günstige Preiskategorie (kostenneutral durch Preisanhebung anderer Platzkategorien).
- ◆ Für die Neukonzeption der Antikenfestspiele fordern wir: Transparenz und fortschreitende Evaluierung, Einrichtung eines professionelles Marketings, stärkere Konzentration in Programm und Organisationsstruktur und stetigen Spielstättenausbau unter Beachtung der finanziellen Möglichkeiten.

## Stadtentwicklung

- ◆ Wir fordern die Fertigstellung der Gestaltungssatzung.
- ◆ Wir wollen die Sondernutzungssatzung fortschreiben.
- ◆ Baustellenmanagement: Wir setzen uns ein für ein Contracting zwischen Stadt und SWT bezüglich Straßensanierungsmaßnahmen.

## Energie

- ◆ Für die Nutzung der Solarenergie ist ein Dachflächenkataster zu erstellen. Dieses ist im Zusammenhang mit der Energieagentur evtl. haushaltsrelevant.
- ◆ Im Oktober 2009 stellen wir einen gemeinsamen Antrag zur zeitnahen Vorlage eines aktuellen Energieberichtes.

## Integration

- ◆ Wir beschließen das Integrationskonzept und setzen die Maßnahmen konsequent um.
- ◆ Wir schaffen die hierfür erforderlichen personellen und finanziellen Voraussetzungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung.

**B) Maßnahmen, die wir umsetzen werden, die jedoch hinsichtlich des möglichen Realisierungszeitpunktes überprüft werden müssen.**

Schulen / Bildung

- ◆ Bei der Schulsanierung streben wir an, den Unterhaltungsaufwand der Gebäude an die Richtwerte des KGST anzupassen (ein bis zwei Prozent der Neubausumme).
- ◆ Zum Schulentwicklungskonzept werden wir eine eigene gemeinsame Position auf Grundlage des überarbeiteten Verwaltungsvorschlags formulieren. In dieser steht die pädagogisch sinnvolle Entwicklung der Trierer Bildungsstrukturen und -angebote im Vordergrund.
- ◆ Im Besonderen setzen sich die Bündnispartner für einen bedarfsgerechten Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern an allen Schultypen ein.
- ◆ Wir streben die Gründung einer Laborschule in Trier an, die die bildungswissenschaftliche Expertise der Universität Trier stärker in die Trierer Schulpraxis integrieren soll. Die ganze Bandbreite des Schulgesetzes ausschöpfend sollen neue Formen des Lehrens und Lernens und des Zusammenlebens in der Schule entwickelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt soll mit dem Land Rheinland-Pfalz und der Universität Trier (Fachbereich Bildungswissenschaften) hierüber in Verhandlungen treten.

Familie /  
Soziales/  
Jugend

- ◆ Bei größeren Planungen soll als verpflichtender Standard eine dezernatsübergreifende „Familienverträglichkeitsprüfung“ eingeführt werden.
- ◆ Das Programm „Soziale Stadt“ wollen wir weiterentwickeln, auch unter Ausnutzung unterschiedlichster Landes-, Bundes- und EU-Förderprogrammen. Sein Leitbild der integrierten sozialen Stadtentwicklung soll Vorbild auch für andere Stadtteile sein.
- ◆ Die Entwicklung eines Wohnraumkonzeptes ist der erste Schritt. Auf dessen Grundlage wollen wir ganz konkret Maßnahmen initiieren.
- ◆ Wir wollen in der Jugend- und Sozialpolitik einen stärkeren Fokus auf präventive Maßnahmen legen, auch um damit spätere, kostenintensivere Hilfen zu vermeiden.

## Mobilität

- ◆ Wir werden das „Bündnis für Familien“ wiederbeleben. Dabei vertreten wir einen offenen Familienbegriff.
  - ◆ Gemeinsam mit den unterschiedlichen Partnerinnen und Partnern wollen wir die Angebote zur Unterstützung pflegender Angehöriger weiterentwickeln, auch um die häusliche Pflege zu stärken.
  - ◆ Die Gestaltung des demografischen Wandels und das Miteinander der Generationen sollen besondere Schwerpunkte sein. Die Mitsprache und Mitgestaltung der Generationen werden wir durch die entsprechenden Partizipationsorgane weiter fördern. Auch die Schaffung von Wohnraum für gemeinschaftliches Wohnen dient diesem Ziel.
  - ◆ Auch die Weiterentwicklung der Integration von Menschen mit Behinderung und deren bessere Teilhabemöglichkeiten wollen wir intensiv in allen Politikbereichen verfolgen.
- 
- ◆ Wir fordern die sukzessive Überprüfung und Auswertung der bestehenden Fußverkehrs-Grünphasen an Ampeln unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften RILA (Richtlinien Lichanlagen) und Efa (Empfehlungen für Fußverkehrsanlagen).
  - ◆ ÖPNV-Trasse Petrisberg: Erste Planungsschritte sollen bis 2013 eingeleitet werden. Die Umsetzung ist innerhalb der Stadtverwaltung mit Priorität voranzutreiben. Ein Faktor zur Auswahl des Systems ist auch die Möglichkeit einer halbwegs zeitnahen Umsetzung.
  - ◆ ÖPNV Stadt-Region: Wir streben eine Ausweitung der Regio-Linien an und setzen uns in den Gremien dafür ein. Als erster Schritt wird ein P&R-Parkplatz bei Sirzenich umgesetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Stadtwerken entsprechende Finanzierungs- und Umsetzungsvarianten vorzulegen.
  - ◆ Bei Themen, die bereits in größeren Beteiligungsverfahren behandelt wurden, und die sich aktuell in einem fortgeschrittenen Stadium befinden, wie z.B. Umgestaltung Bahnhofsumfeld oder Porta-Nigra-Umfeld sollen die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren bis zum Ende der Legislaturperiode in konkrete Umsetzungspläne münden.
  - ◆ Bis zur Inbetriebnahme der Westtrasse, die für 2015 geplant ist, soll auf der Westtrasse mindestens ein Haltepunkt realisiert werden, d.h. die planerischen und finanziellen Voraussetzungen sind zu gewährleisten. Auf der bisherigen Trasse soll der Haltepunkt Hafenstraße (Mäushecker Weg) bis zum 2013 fertig gestellt sein. Bis zum Ende der Legislaturperiode sind entsprechend der finanziellen Möglichkeiten weitere Haltepunkte vorzubereiten und umzusetzen.

## Mobilität

- ◆ Umweltspur Alleering
- ◆ Netz ÖPNV: Eine Qualitätsverbesserung im Stadtgebiet muss dringend erfolgen, hierfür sind Finanzierungsalternativen zu entwickeln und in städtischen Gremien diskutieren. Qualitativ hochwertiger ÖPNV umfasst eine Ausweitung der Bedienzeiten und der Taktdichte, Prüfaufträge für neue Linienführungen (insb. Ringverkehr um die Innenstadt), Integration bestehender und neu zu planender Neubaugebiete ins ÖPNV-Netz.
- ◆ Kommunikationskonzepte: auch die ÖPNV-Nutzung muss durch begleitende Kommunikationskonzepte attraktiver vermarktet werden. Hier wird ein deutliches Engagement der Stadt Trier im Bereich Mobilitätsmanagement (private und öffentliche Betriebe, Schulen, andere Ausbildungseinrichtungen, sowie sonstige große Verkehrserzeuger), insbesondere für eine deutliche Zunahme der Job-Tickets (ggf. auch Anbindung breiter Bevölkerungsschichten an das Job-Ticket der Stadtverwaltung Trier, z.B. über Kooperation mit ARGE / Sozialamt / Jugendamt) erwartet. Zudem sind weitere Anreize für eine intensivere ÖPNV-Nutzung zu schaffen.
- ◆ Beim Thema Radverkehr soll insbesondere das bald fertig gestellte Radverkehrskonzept im Rahmen des Mobilitätskonzept 2020 als Handlungsgrundlage für das Bündnis verwendet werden. Die zentralen Zielsetzungen des Konzepts sind dabei unter den Bündnispartnern abzustimmen. Die Haushaltsmittel sind entsprechend der im Radwegkonzept festgelegten Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs zu verausgaben.
- ◆ Im Rahmen der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes ist die Einrichtung von unechten Einbahnstraßen und Fahrradstraßen als Maßnahme zur Verdichtung des Radwegenetzes weiter fortzuführen.
- ◆ Querungsmöglichkeiten über Bahn (prioritär, unabhängig vom Realisierungsfortschritt der ÖPNV-Trasse Petrisberg) und Mosel sind zu schaffen.
- ◆ Fahrradstation am Hbf: hierzu besteht ein Beschluss des Stadtrates, die Umsetzung soll zügig vorangetrieben werden.
- ◆ Kein Straßenneubau und keine Sanierung ohne entsprechende Radverkehrsanlagen und Fußwege. Hierbei sind die geplanten Maßnahmen auch mit den betroffenen Anliegern abzustimmen.
- ◆ Überprüfung ausgewählter Kreuzungen auf die Möglichkeit der Schaltung eines Rundumgrüns.
- ◆ Überprüfung der Gehwegbreiten und Anpassung der Verkehrsabläufe für Fußgehende in Hinsicht auf die Bedürfnisse älterer Menschen und Behinderter (Barrierefreie Ausstattung von Wegekanten, Absenkung von Bordsteinen).
- ◆ Ausweitung des Anwohnerparkens im rechtlich zulässigen Rahmen. Hierbei ist auch an den Bau von Quartiersgaragen für Anwohner in Verbindung mit der Optimierung des ÖPNV-Angebotes in besonders durch Parkraumangel betroffenen Stadtteilen zu denken.

## Mobilität

- ◆ Installation eines weit reichenden und durchgängigen Parkleitsystems, das entsprechend schon vor den Stadteingängen wirksam werden soll.
- ◆ Prüfung der Verkehrsentlastung durch Einrichtung von weiteren P&R-Parkplätzen, jedoch unter der Maßgabe entsprechender ÖPNV-Anbindung.
- ◆ Die Frage der Erhebung und des Einsatzes der Stellplatzabgabe ist erneut zu diskutieren und im Parkraumkonzept aufzunehmen.
- ◆ Zukünftig sollen Straßenbau-Maßnahmen in einem Gesamtkonzept zusammengestellt werden und hinsichtlich ihrer investiven Kosten und dem später benötigten Erhaltungsaufwand kalkuliert werden.
- ◆ Das Straßenzustandskataster ist kontinuierlich fortzuschreiben und als Handlungsgrundlage primär maßgebend.
- ◆ Neubaumaßnahmen, wie der Ausbau Metternichstraße / Moselbahndurchbruch oder die Verlegung der Luxemburger Straße, sind auf ihre eindeutig nachweisbaren Entlastungswirkungen für andere Bereiche zu prüfen. Diese Bereiche sind dann entsprechend durch Verkehrsberuhigungsmaßnahmen.

## Wirtschaft

- ◆ Aufgaben und Tätigkeitsfeld des städtischen Amtes für Wirtschaftsförderung sollen nach Gründung der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft neu geordnet und im Sinne einer noch besseren Vernetzung und offensiveren Öffentlichkeitsarbeit optimiert werden.
- ◆ Es soll ein Runder Tisch Wirtschaftsentwicklung gegründet werden. Zu prüfen bleibt, ob eine Zusammenlegung mit dem bereits bestehenden Runden Tisch Einzelhandel unter neuer Festlegung der Zuständigkeiten und der Zusammensetzung zweckmäßig ist.
- ◆ In einem ersten Schritt soll die Verwaltung beauftragt werden, ein Kataster aller vorhandenen (öffentlichen wie privaten) Flächen, Brachen und Gebäudeleerstände einschließlich der Konversionsflächen zu erstellen und ständig fortzuschreiben.
- ◆ Das Bündnis wird auf geeignete Maßnahmen hinwirken, um den vor Ort gewachsenen Einzelhandel und die Inhaber geführten Geschäfte zu fördern und zu stärken.
- ◆ Das Bündnis beabsichtigt die Stärkung des Trierer Wochenmarktes und die Förderung seiner Attraktivität durch Herbeiführung einer neuen Satzung. Weiterhin wird das Bündnis sich für die Schaffung der Voraussetzungen für Stadtteilmärkte einsetzen.

## Kultur

- ◆ Das Stadttheater ist an seinem jetzigen Standort zu sanieren; intensiv sind die Notwendigkeiten, die Wirtschaftlichkeit und die Folgekosten zu prüfen unter der Prämisse der Erhaltung des Drei-Sparten-Theaters. Eine anschließende Strukturdiskussion sollte jedoch ergebnisoffen bezüglich einer Optimierung der Struktur geführt werden.

## Stadtentwicklung

**Konkrete Zielsetzungen**

- ◆ Die Bündnispartner setzen sich bezüglich neuer Bauflächen und Baugebiete für eine deutliche Abgrenzung der Siedlungsflächen und einen sparsamen Umgang mit vorhandenen Landschaftsräumen ein.
- ◆ Der Flächennutzungsplan 2020 soll zeitnah als diskussionsfähiger Entwurf vorgelegt werden.
- ◆ Um den zusätzlichen Bedarf an Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten bewerten zu können, ist eine Ermittlung sämtlicher Brachflächen im Stadtgebiet unabdingbar. Dazu gehören neben den Konversionsgebieten auch größere im Privateigentum befindliche Flächen. Hierbei sind auch die Prioritäten unter Berücksichtigung insbesondere der Fragen des Miteinanders der Generationen, der Nahversorgungsmöglichkeiten und der verkehrlichen Anbindung für die anvisierten neuen Baugebiete festzulegen.
- ◆ Des Weiteren sind Bebauungspläne für „ungeplante Planungsgebiete“ aufzustellen. Soweit erforderlich, sind dabei Planungsfehler und städtebauliche Bausünden der Vergangenheit zu korrigieren.
- ◆ Wir setzen uns ein für mehr Wettbewerbe (Stadtplanungs- und Realisierungswettbewerbe) als wichtiges Instrument der Förderung der Baukultur. Die Stadt Trier muss mit gutem Beispiel voran gehen und bei Planungsvorhaben, die von öffentlichem Interesse und stadtbildprägend sind, verstärkt Wettbewerbe ausschreiben. Im Dialog sind Investorinnen und Investoren größerer Baumaßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeit und höherer Architekturqualität zu überzeugen, eigene Wettbewerbsverfahren durchzuführen.
- ◆ Der Architektur- und Städtebaubeirat (ASB) ist ein wichtiges beratendes Gremium, das in seiner Arbeit stärker unterstützt werden muss. Die Bündnispartner wollen eine frühzeitige Einbindung des ASB bei relevanten stadtplanerischen Maßnahmen und Überlegungen der Verwaltung (im Rahmen der Bauleitplanung).

## Stadtentwicklung

- ◆ Eine für die Bündnispartner wichtige städtebauliche Aufgabe ist das Thema Stadt am Fluss. Für die Vision einer Stadt am Fluss müssen die Stadtteile links und rechts der Mosel inhaltlich verwoben und die Uferpromenaden attraktiver werden. Diese Flächen sollten mit den Schwerpunkten Wohnen, Dienstleistung, Kultur und Tourismus entwickelt werden. Um das Thema „Stadt am Fluss“ voran zu treiben, soll in den nächsten 5 Jahren ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt werden, um eine Grundlage für eine verbindliche Rahmenplanung für Trier-West und die Uferzonen zu schaffen. Insbesondere dort kann eine professionelle Projektentwicklung und Vermarktung nicht nur überregionale Begeisterung für eine Idee schaffen, sondern auch Investorinnen und Investoren für die Realisierung von Einzelmaßnahmen gewinnen.
- ◆ Bei der Offenlage von Bebauungsplänen ist die Stellungnahme der Frauenbeauftragten bei den Trägern öffentlicher Belange zusätzlich einzuholen.

### **Einzelmaßnahmen**

- ◆ Vorrangig sind für uns städtebauliche Planungskonzepte für das Umfeld des Hauptbahnhofs und den Porta-Nigra-Bereich auf der Grundlage des hierzu anstehenden städtebaulichen Wettbewerbs.
- ◆ Umnutzung des ehemaligen Kasernengeländes Castelnau in Feyen.
- ◆ Die in der Vergangenheit einzeln betrachteten Themen „Stadt am Fluss“, „Soziale Stadt Trier-West“, die Umwidmung ehemals militärisch genutzter Flächen, die Umnutzung der „Gneisenau-Kaserne“ und die Entwicklung großer, im Privatbesitz befindlicher Flächen, sind ganzheitlich zu überplanen und müssen dezernatsübergreifend behandelt werden.
- ◆ Die bestehenden Planungen für die innerstädtischen Plätze (Rindertanzplatz, Pferdemarkt, Stockplatz, Hinterm Dom und Paulusplatz) sind fortzuschreiben und deren Realisierung zu prüfen.
- ◆ Im Rahmen des Mobilitätskonzeptes 2020 ist ein Gestaltungskonzept für den Alleering (insbesondere für die Abschnitte Christophstraße und Balduinplatz) zu prüfen.
- ◆ Wir fordern eine Fahrrad- und Fußgängerbrücke von Trier-Ost zum Bahnhof; dabei wird eine Lösung angestrebt, die vorzeitig realisiert werden kann und den Bau einer Trasse als Anbindung zum Petrisberg nicht erschwert.
- ◆ Wir wollen den Bebauungsplan Mühlengelände Ehrang wegen der zentralen Bedeutung für die Entwicklung des Stadtteils umsetzen sowie entsprechend der festgelegten Ziele die Sanierungsmaßnahme konsequent fortführen.

## Stadtentwicklung

- ◆ Ortsteiltypische Vorgärten und Höfe sind zu erhalten (zum Beispiel im Gartenfeld); hierzu ist das Stellplatzangebot für Anwohner zu verbessern (zum Beispiel durch Einrichten von Anwohnerparkzonen oder Quartiersgaragen).
- ◆ Es ist ein Gestaltungsplan zum Schutz des öffentlichen Grüns zu erstellen. Wir fordern eine Baumschutzsatzung für öffentliches Grün. Die Universität Trier ist als Kooperationspartner einzubeziehen.
- ◆ In Anbetracht der für die Stadt Trier schwierigen finanziellen Situation sind sich die Bündnispartner darin einig, dass Prioritäten und zeitliche Rahmen erst dann definiert werden können, wenn die Kosten der Einzelmaßnahmen im Bereich Stadtplanung vorliegen und baurechtliche Fragen geklärt sind. Es wird davon ausgegangen, dass bis 2011 entsprechende Erkenntnisse vorliegen und sich im Haushalt wieder finden.
- ◆ Das Bündnis ist sich einig, dass die Umsetzung der vorstehenden städtebaulichen Einzelmaßnahmen nur durch eine bedarfsorientierte und projektbezogene personelle Ausstattung in den zuständigen Ämtern zu erreichen ist.

### **Thema Bauen**

- ◆ Wir fordern größere Transparenz bei Vergabeentscheidungen (Veröffentlichung der Vergaben nach VOB, VOF und VOL).
- ◆ Im Rahmen der Umstrukturierung der Verwaltung fordern wir die Betreuung sämtlicher Bausubstanz durch Amt 65 (Amt für Gebäudewirtschaft), z.B. Theater, Stadtbibliothek, Kindertagesstätten.

### **Thema Denkmalpflege**

- ◆ Wir streben die Ausweitung des Denkmalkatasters an.
- ◆ Wir fordern die Erstellung eines Kellerkatasters für die Innenstadt.
- ◆ Wir unterstützen die Ausweisung von Denkmälern und besonderen Gebäuden.

Energie/SWT

- ◆ Die relevanten Instrumente im Bereich Energie sind für uns: Bewusst machen, Schließen von Informationsdefiziten, Stärkung der SWT-Eigenmittel, Anbieten von Finanzierungsvereinfachungen.
- ◆ Es sollten konkrete Verbrauchsverbesserungen vorgesehen werden: Reduzierung des Durchschnittsenergieverbrauchs in den Schulen Triers um 30% bis 2012, um 50% bis 2014, bezogen auf den Verbrauch des Jahres 2007 (sofern dieser abgrenzbar ist).
- ◆ Realisierung einer Energiebuchhaltung für die öffentlichen Dienste, die Hauptverbraucher darlegt und erkennbar macht, in welchen Bereichen die effektivsten Ansätze zu finden sind. Neben der Altgebäudesanierung sind hier insbesondere die Straßenbeleuchtung als Verbraucher, die gerätetechnische Ausstattung der technischen Dienste, die PC-Ausstattungen der Schulen und Verwaltungen, die sonstige Bürotechnik und nicht zuletzt der Fuhrpark detaillierter zu betrachten.

Integration

- ◆ Wir setzen uns dafür ein, dass das Integrationskonzept aufgrund gemachter Erfahrungen weiterentwickelt wird.